

Information zum Datenschutz

Gemäß Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung 2016/679 (DSGVO)
i.V. m. §§ 32 und 33 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

1. Verantwortlicher

Personenbezogene Daten im Sinne des Art. 4 Nr. 1 DSGVO werden durch

Hafner Aurich Rechtsanwälte
Sonnenplatz 3, 97941 Tauberbischofsheim,
Tel.: 09341 / 89 66 80, Fax: 09341 / 89 69 406

sowie bei den Insolvenzbüros
Gartenstraße 27, 63225 Langen
Tel.: 06103 / 8 04 42 98, Fax: 06103 / 8 04 43 35

Ansbacher Straße 31, 91541 Rothenburg o.d.T.
Tel.: 09861 / 9 74 61 37, Fax: 09861 / 9 74 61 38

Email: info@hafner-aurich.de

sowie durch den jeweils vom Gericht bestellten Sachverständigen, vorläufigen Insolvenzverwalter, Insolvenzverwalter, Treuhänder, Zwangsverwalter als gemeinsam Verantwortlichen im Sinne des Art. 26 DSGVO erhoben, gespeichert und in sonstiger Weise verarbeitet.

2. Rechtsgrundlagen und Zweck der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung der personenbezogenen Daten in Insolvenzantragsverfahren, Insolvenzverfahren, Restschuldbefreiungsverfahren sowie Zwangsverwaltungsverfahren dient der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach Artikel 6 Abs. 1 lit.a DSGVO.

Ferner werden personenbezogene Daten zur Aufbewahrung aufgrund gesetzlicher Vorschriften verarbeitet. Die Aufbewahrungspflichten ergeben sich dabei insbesondere aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO), dem Umsatzsteuergesetz (UStG) und der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO). Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist in den vorgenannten Fällen Art. 6 Abs. 1 lit. c. DSGVO.

Soweit ein berechtigtes Interesse an der Verarbeitung personenbezogener Daten besteht, dient auch dieses nach Maßgabe des Art. 6 Abs. 1 lit. f. DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten. Ein berechtigtes Interesse besteht insbesondere dann, wenn die Daten zur Beitreibung offener Honorarforderungen oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung sonstiger rechtlicher Ansprüche benötigt werden.

Soweit eine Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke vorliegt, ist bis zum Widerruf beziehungsweise bis zur Zweckerfüllung die Einwilligung Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung, Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO.

Die personenbezogenen Daten werden weder für das Profiling noch für eine anderweitige automatisierte Entscheidungsfindung verwendet.

3. Art und Kategorien der erhobenen Daten, Profiling

Wir verarbeiten Kontaktdaten, Geburts- und Personenstandsdaten, Unterhaltsdaten, Einkommensdaten, Steuer- und Sozialversicherungsdaten, Bankverbindungen und sonstige Zahlungsdaten, Forderungs- und Kreditdaten, Bonitätsdaten von Forderungsschuldnern, detaillierte Daten zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nebst Besitz- und Eigentumsverhältnissen sowie Drittrechtsbelastungen, Versicherungsdaten, Informationen über laufende Rechtsstreitigkeiten und sonstige personenbezogene Daten.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten, die gemäß Art. 9 Abs. 1 DSGVO einer besonderen Kategorie zuzuordnen sind (z.B. Gesundheitsdaten, politische Meinungen, Religionszugehörigkeit), werden grundsätzlich nicht verarbeitet.

Eine Verarbeitung wird nur in den Fällen vorgenommen, in denen eine ausdrückliche Einwilligung der Betroffenen vorliegt oder ein anderer Ausnahmetatbestand des Art. 9 Abs. 2 DSGVO gegeben ist.

Die personenbezogenen Daten werden weder für das Profiling noch für eine anderweitige automatisierte Entscheidungsfindung verwendet.

4. Datenquellen und Empfänger

Soweit es zur Erfüllung der vorgenannten Zwecke oder einer sonstigen rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist oder eine Einwilligung des Betroffenen vorliegt, werden personenbezogene Daten bei den Betroffenen sowie bei Dritten erhoben und auch an Dritte übermittelt.

In Insolvenzverfahren hat der Insolvenzschuldner die zur Verfahrensabwicklung erforderlichen Unterlagen und Informationen im Rahmen seiner Auskunfts- und Mitwirkungspflichten bereitzustellen. Andernfalls droht die Aufhebung der Kostenstundung oder die Versagung der Restschuldbefreiung. Der Großteil der personenbezogenen Daten wird daher regelmäßig direkt beim Insolvenzschuldner erhoben. Bei Unternehmensinsolvenzen ist der im Unternehmen vorhandene Datenbestand eine maßgebliche Datenquelle.

Darüber hinaus erheben wir personenbezogene Daten aus der Gerichtsakte, aus persönlichen Besprechungen, Telefonaten und Ortsbegehungen, aus Forderungsanmeldungen und aus der übrigen Korrespondenz. In diesem Zuge werden insbesondere das Insolvenzgericht und sonstige Gerichte, die Staatsanwaltschaft, das Finanzamt, die Bundesagentur für Arbeit, die Sozialversicherungsträger, die Berufsgenossenschaften, das Landesamt für Statistik nach den Vorgaben des Insolvenzstatistikgesetzes sowie sonstige Ämter und Behörden, Kreditinstitute, Auskunfteien, Arbeitgeber und sonstige Drittschuldner, Gläubiger, Vermieter und Verpächter sowie sonstige Verfahrensbeteiligte sein.

Wir verarbeiten auch öffentlich zugängliche personenbezogene Daten, insbesondere aus dem Handelsregister und öffentlichen Bekanntmachungen.

Mitarbeiter von Hafner Aurich Rechtsanwälte sowie beauftragte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen (Auftragsverarbeiter) erhalten Zugriff auf personenbezogene Daten, soweit eine Einwilligung des Betroffenen vorliegt oder es zur Erfüllung der vorgenannten Zwecke erforderlich ist. Dabei unterliegen Rechtsanwälte und Steuerberater bereits als Berufsgeheimnisträger der Schweigepflicht. Auch die übrigen Mitarbeiter und Auftragsverarbeiter, die keine Berufsgeheimnisträger sind, haben wir vertraglich zur Vertraulichkeit und zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet.

Es werden keine personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt. Abweichendes kann sich in Bezug auf die IP-Adresse, Logfiles und sonstige IT-Nutzungsdaten und Merkmale zur Identifikation des Internetnutzers durch den Besuch unserer Homepage <http://www.hafner-aurich.de> ergeben. Insoweit wird auf die Datenschutzerklärung auf der Homepage verwiesen.

5. Widerspruchsrecht

Die personenbezogenen Daten werden bis zur Erfüllung der vorgenannten Zwecke und der Erledigung sämtlicher gegenseitiger Ansprüche sowie über die Dauer der jeweils geltenden Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen gespeichert.

Die Frist für die Aufbewahrung der Handakte beträgt sechs Jahre und beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde, § 50 Abs. 1 BRAO. Für die Besteuerung bedeutsame Unterlagen sowie kaufmännische Unterlagen sind grundsätzlich sechs bis zehn Jahre aufzuheben, §§ 147 AO, 257 HGB. Die Aufbewahrungsfrist für Rechnungen beträgt zehn Jahre und beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die Rechnung ausgestellt worden ist, § 14b UStG. Darüber hinaus können weitere Aufbewahrungsfristen maßgeblich sein. Soweit längere Verjährungsfristen einschlägig sind, werden die personenbezogenen Daten bis zum Eintritt der Verjährung gespeichert. Die Verjährungsfrist kann sich dabei auf bis zu 30 Jahre erstrecken, § 197 Abs. 1 BGB.

6. Rechte der Betroffenen

Einwilligungen in die Verarbeitung personenbezogener Daten können jederzeit formfrei ohne Angaben von Gründen widerrufen werden. Der Widerruf gilt nur für die Zukunft und entfaltet keine Wirkung auf Verarbeitungen, die zeitlich vor dem Widerruf liegen. Aus Dokumentationsgründen wird der schriftliche Widerruf an die vorgenannte Adresse des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen empfohlen.

Darüber hinaus hat der Betroffene folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft gem. Art. 15 DSGVO mit Einschränkungen des § 34 BDSG
- Recht auf Berichtigung gem. Art. 16 DSGVO
- Recht auf Löschung gem. Art. 17 DSGVO mit Einschränkungen des § 35 BDSG
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit gem. Art. 20 DSGVO
- Widerrufsrecht gem. Art. 21 DSGVO
- Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde gem. Art. 77 DSGVO, § 19 BDSG